

Abrüstungslecture von Paul Schäfer (MdB a.D.)

## „Neue Atomraketen in Europa?“

im Rahmen des bundesweiten INF-Aktionstages, 1. Juni 2019, vor dem russ.  
Generalkonsulat in Bonn

*- Es gilt das gesprochene Wort -*

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wenn man vor dem Russischen Generalkonsulat in Bonn steht, exakt 30 Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages zur Verschrottung der landgestützten Atomraketen, gehen die Gedanken natürlich zurück.

Am 10. Oktober 1981 hatten sich auf der Hofgartenwiese 100.000 Menschen versammelt, um gegen die sog. Raketen-Nachrüstung der NATO zu protestieren und den Abzug aller Mittelstreckenraketen in Ost und West zu fordern. Zwei Jahre später waren allein in Bonn über eine halbe Million Menschen auf der Straße. Und im Sommer 1987 kamen noch einmal über hunderttausend Menschen in die alte Bundeshauptstadt.

Das war eine großartige Sache, dass so viele Menschen mit unterschiedlichen Überzeugungen und Parteiorientierungen für eine gute Sache in Bewegung geraten waren. Diese stimmungsvolle Friedensbewegung hat viele von uns nachhaltig geprägt.

Vor allem aber: Wir haben unsere Ziele erreicht. Die Atomraketen in Mutlangen auf der Schwäbischen Alb und in Hasselbach im Hunsrück wurden abgezogen und verschrottet.

Aber wenn wir heute wieder gegen neue Stationierungspläne für Atomraketen und Marschflugkörper angehen müssen, so zeigt das nur eins:

Solange es Geschäftemacher gibt, die mit tödlichen Waffen Profite machen, solange es PolitikerInnen gibt, die aus der Angst vor vermeintlichen, bösen Feinden parteipolitisches Kapital schlagen und Politiker, die darauf fixiert sind, geopolitische Interessen notfalls mit militärischen Mitteln durchsetzen zu wollen, so lange werden von uns erreichte Abrüstungsschritte fragil und reversibel bleiben und Abrüstungsprozesse nicht zu Ende geführt werden.

Protest und beharrliche Aufklärungsarbeit bleiben notwendig, wenn wir den Frieden sichern und Abrüstung durchsetzen wollen. Und jetzt sind wir gefordert, noch aktiver zu werden, um die neue Aufrüstungswelle zu stoppen.

## **Die Bedeutung des INF-Vertrages**

Es ist hilfreich, sich noch einmal in Erinnerung zu rufen, was sich damals ereignet hat: 1987 wurde zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion ein radikaler Abrüstungsvertrag, auch Null-Lösung genannt, ausverhandelt, der 1988 in Kraft trat. Darin verpflichteten sich die USA und die UdSSR alle landgestützten ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km sowie ihre Abschussvorrichtungen und zugehöriger Infrastruktur zu zerstören. Darunter waren auch die laut NATO-Doppelbeschluss von 1979 neu stationierten 572 Raketen und Cruise Missiles. Der sog. INF-Vertrag verbot ihre Wiedereinführung, ihre Produktion, Erprobung und Lagerung. Im Mai 1991 war die Zerstörung von 846 US- und 1846 sowjetischen Waffensystemen abgeschlossen

Ja, das war ein kühner und sehr weitreichender Abrüstungsschritt, der eine akute Bedrohungslage in Europa beseitigte und den Weg zu weiteren Abrüstungsschritten öffnete. Ein Vertrag über konventionelle Abrüstung (KSE) wurde 1990 beschlossen, durch den zigtausende, schwere und angriffsfähige Waffen ausgemustert wurden; 1991 wurde der sog. START-Vertrag vereinbart, der die A-Waffen-Arsenale der USA und der UdSSR-Nachfolgestaaten um die Hälfte reduzierte,.

Das bedeutet: Der INF-Vertrag war ein Baustein, der den Weg zur Überwindung der Teilung Europas öffnete und der zumindest vorübergehend eine beträchtliche Friedensdividende zum Wohle der Menschen möglich machte.

## **Zurück zur nuklearen Abschreckung?**

Diese Erfolgsmeldungen klingen heute fast wie ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten. Und es ist erschreckend, dass dieser INF-Vertrag einfach beerdigt wird und wir wieder über neue Raketenrüstung, über neue Marschflugkörper in Europa, über Abschreckungslogik und dergleichen Scheußlichkeiten reden müssen. Und wieder werden uns die gleichen Geschichten erzählt, die in der Zeit der spannungsgeladenen Ära der Ost-West-Konfrontation dafür herhalten mussten, um atomare Aufrüstung zu rechtfertigen. Die nukleare Abschreckung sei unverzichtbar und sie habe doch schließlich bewirkt, dass es nach 1945 keinen großen Krieg mehr gegeben habe. Und was die sog. Raketennachrüstung der NATO betrifft, wird hinzugefügt: Nur durch die Stationierung der Pershing-Raketen und Cruise Missiles sei die Null-Lösung erreicht worden.

Ja, die Abschreckung hat „funktioniert“; aber es war eher so, dass wir einfach Glück gehabt haben. HistorikerInnen haben durch akribische Recherche doch herausgefunden, wie dicht die Welt vor einer atomaren Konfrontation und damit vor dem Abgrund stand: Bei der Kuba-Krise 1961, aber auch bei zwei NATO-Übungen im Jahre 1983, als auf sowjetischer Seite über einen Präemptivschlag nachgedacht wurde. Weil man nicht auseinanderhalten konnte, was Simulation war oder Ernst. Eine Fehlreaktion der zuständigen Staatenlenker, ein Missverständnis und schon wäre die Erde in die Luft geflogen. Das ist die Wahrheit. Es war ein dauerhaftes Wandeln am Abgrund.

Und weil dieses Thema schon längere Zeit kein öffentliches Interesse mehr fand, sei daran erinnert: Die nukleare Abschreckung basiert auf der wechselseitigen Vernichtungsfähigkeit. Das Kürzel dafür im Englischen lautet: MAD - *Mutual Assured Destruction*. Die Friedensbewegung hatte recht, diese Strategie als „mad“, also als verrückt zu charakterisieren. Und die Abschreckungsdoktrin ist zutiefst inhuman, weil sie die Existenz des Menschen in Frage stellt. Wir bleiben dabei: Die Strategie nuklearer Abschreckung gehört auf den Misthaufen der Geschichte.

Richtig ist: Die starke, internationale Friedensbewegung war eine essentielle Voraussetzung dafür, dass Friedensdiplomatie überhaupt eine Chance hatte! Mit Ausnahme des 1972 zwischen den Supermächten vereinbarten Vertrages zum Verbot von Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag) hatte es bis dato nur ein heftiges Wettrüsten gegeben, die parallel immer wieder gemachten Versuche zu einer Rüstungskontrolle und zu Abrüstung zu kommen, waren im Sande verlaufen.

Zu einem Umdenken und der Bereitschaft zur Rüstungsminderung wurden die Regierenden und Sicherheitsstrategen erst durch die internationale Friedensbewegung und die von ihr mitbewirkte kritische Öffentlichkeit gebracht. Der kühne Abrüstungsschritt ist nicht zuletzt mit dem Namen Michael Gorbatschow verbunden. Der sowjetische Präsident hatte unter der Überschrift „*Neues Denken*“, die Position formuliert: Sicherheit gäbe es nur gemeinsam, nicht im Gegeneinander. Durch konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik, so Gorbatschows These, könnte sich die Menschheit endlich auf die Lösung der globalen Fragen – Stichwort „Nachhaltige Entwicklung“ - konzentrieren und die dafür nötigen Ressourcen freimachen. Man mag über den historischen Platz Gorbatschows aus heutiger Sicht streiten, eins ist gewiss: Das, was er zur Notwendigkeit eines *neuen Denkens* formuliert hat, ist heute wieder hochaktuell und drängend.

Und wir sagen das bewusst auch an die Adresse der heutigen Staatsführung in Moskau. Wenn wir heute wieder von einer „Raketenkrise“ oder neuerlicher Bedrohung durch ein vermeintlich expansives Russland reden, so hat dies auch mit Aktionen und Politiken der Russischen Föderation zu tun.

Die Annahme, dass die Russische Föderation neue Mittelstrecken-Waffensysteme erprobt, höchstwahrscheinlich auch stationiert, und damit möglicherweise gegen den INF-Vertrag verstoßen hat, ist nicht völlig aus der Luft gegriffen. Doch dass es seit Beginn der wechselseitigen Vorwürfe der Vertragsverletzung kein erkennbares, ernsthaftes Bemühen um Transparenz und Vertrauensbildung gegeben hat, ist ein starkes Indiz dafür, dass beide Seiten in den letzten Jahren immer weniger daran interessiert waren, diesen Vertrag einzuhalten.

So stellen sich zwei Fragen:

**Erstens:** Wie konnte es überhaupt so weit kommen? Was ist diesem kritikwürdigen Schritt vorausgegangen?

**Zweitens:** Warum wurde nicht versucht, die neu aufgetretenen Fragen – und es gab seit geraumer Zeit auf beiden Seiten wechselseitiges Misstrauen und wechselseitige Vorwürfe – auf diplomatischem Weg zu klären? Der Vertrag hätte dazu, mit den dort vereinbarten Überprüfungsmechanismen, Möglichkeiten geboten.

Zur ersten Frage:

### **Die NATO als Aufrüstungsbündnis**

Der Keim zu neuerlicher Konfrontation wurde im Grunde genommen dadurch gelegt, dass sich der Warschauer Pakt auflöste, die NATO aber nicht. Ja, klar, nachdem die NATO sich selbst gerne als „*größte weltweite Friedensbewegung*“ definiert hat, war das folgerichtig. Es ändert aber nichts daran, dass die NATO weder mehr Stabilität noch Frieden gebracht hat. Es sei nur an den Krieg im ehemaligen Jugoslawien oder an den Krieg in Afghanistan erinnert.

Es spricht mehr für das Gegenteil, Der Beschluss der NATO Mitte der 90er Jahre, sich nach Osten auszudehnen, hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Spannungen eskaliert sind, wir heute Konfrontation statt Kooperation und neuerliches Wettrüsten verzeichnen müssen.

Polen, Tschechien und Ungarn wurden im Jahre 2000 aufgenommen, 2004 die baltischen Staaten, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Slowenien, 2008 Albanien und Kroatien. In jüngster Zeit noch Montenegro und Nord-Mazedonien.

Zwischenzeitlich sollten nach dem Willen der NATO-Führungsmacht USA auch noch Georgien und die Ukraine aufgenommen werden.

Es ist doch nicht schwer zu verstehen, dass sich RUS dadurch in die Enge getrieben fühlte. Auch die von der NATO ihren Neumitgliedern auferlegte Rüstungsmodernisierung konnte die russische Staatsführung nicht erfreuen.

Die NATO ist RUS Schritt für Schritt auf die Pelle gerückt, und hat seit den 90er Jahren alles getan, um RUS international zu degradieren, ja zu marginalisieren. Auch die weiter vorangetriebene Rüstungsmodernisierung wurde als bedrohlich empfunden.

Die militärische Eskalation in der Ukraine und Georgien hat unzweideutig offengelegt: Für Russland wurde mit dem Versuch, diese beiden Staaten dem westlichen Militärbündnis anzuschließen, eine Rote Linie überschritten. Und da kann man nur sagen: Man hätte es niemals bis zu diesem Punkt kommen lassen dürfen.

Unter militärischen Aspekten war relevant, dass der Vertrag über das Verbot strategischer Raketenabwehr 2001 einseitig von den USA gekündigt wurde. Er war 1972 geschlossen worden und galt als Garant für ein Mindestmaß an Stabilität im Rahmen der Abschreckungsdoktrin des Kalten Krieges.

„*Wer als Erster schießt, stirbt als Zweiter*“, das war die Ratio, die bedeutete, dass ein Atomeinsatz verhütet werden könnte, solange beide Seiten in der Lage seien zurückzuschlagen.

Schon in den 80er Jahren ging es um das SDI-Projekt des USA-Präsidenten Reagan, der den USA einen umfassenden Schutzschild verpassen wollte. Mr. Reagan hat nur vergessen hinzuzufügen: Wenn wir unverwundbar sind, können wir ohne Risiko unsere Waffen einsetzen oder zur Machtausübung nutzen.

Damals konnten FriedensaktivistInnen, besorgte WissenschaftlerInnen und besonnenere PolitikerInnen dieses extrem destabilisierende Projekt noch aufhalten.

Aber 2001 war es leider doch so weit, auch weil man die rüstungstechnologischen Voraussetzungen geschaffen hatte, um der Kündigung des ABM-Vertrages 2001 prompt Beschlüsse zur Stationierung neuer Abwehrraketen durch USA/NATO in Südkorea, im Mittelmeer und in Osteuropa folgen zu lassen.

### **Die Wiederkehr russischer Geopolitik**

Wenn wir an dieser Stelle kurz den Blick auf Russland (RUS) richten, so ist festzustellen: Die Russische Föderation hat in den sog. *Nuller Jahren* unter Präsident Putin versucht, das Chaos der 90er Jahre, die Folgen eines Sturzgeburtskapitalismus zu überwinden und hat in der Tat eine Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht. Die wiederum war auch die Voraussetzung war, dass RUS überhaupt wieder als Faktor der internationalen Politik wahrgenommen wurde.

Aber als man im Laufe der vorigen Dekade merken musste, dass man weiterhin nicht ernst genommen wurde und die eigenen Vorschläge für eine Neue Sicherheitsarchitektur im KSZE-Raum eher ignoriert wurden, hat die russische Staatsführung sich dazu entschlossen, darauf mit eigener umfassender Rüstungsmodernisierung zu antworten.

Inzwischen hat man den Eindruck, dass die russische Außenpolitik über diesen Status des Reagieren-Müssens längst hinaus ist. Und so manches, was in der Ära Putin auf den Weg gebracht worden ist und heute mit Macht verfolgt wird, könnte man auch mit dem Satz überschreiben: „*Make Russia Great Again*“.

Wie auch anderswo geht es schlicht darum, mit Öl und Waffen wieder ins Geschäft zu kommen. Ob diese Außenwirtschaftspolitik aber zur stabilen Wohlstandsmehrung für die Gesamtbevölkerung führt, darf bezweifelt werden. Und es gibt die massive Einflussnahme Russlands außerhalb seines Territoriums, die auch militärische Mittel zur Durchsetzung eigener Machtinteressen einschließt. Die Rede ist vom Nahen Osten.

Aber auch hier ist es wichtig, den Kontext zu beachten: Es war auch eine Reaktion auf ausländische Einmischungen durch die Türkei, die Golfstaaten, NATO-Mitglieder, die dort ihnen genehme Regimes installieren wollten.

Zur ganzen Wahrheit gehört, dass der Anteil Russlands, dessen Wehretat gegenwärtig etwas über 60 Milliarden Dollar beträgt, an den globalen Militärausgaben, die bei 1,8 Billionen Dollar (!) liegen, sehr bescheiden ist. Die Aufwendungen der NATO-Länder betragen ein Vielfaches, allein der US-amerikanische Rüstungshaushalt ist zehnmal so hoch.

Und dennoch sind kritische Fragen an die russischen Verantwortlichen erlaubt. Wir erleben dort seit ein paar Jahren eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte, aller Waffensysteme. Ob dies auch die Neueinführung von Marschflugkörpern mittlerer Reichweite nach sich gezogen hat, kann nicht ausgeschlossen werden. Seit 2014 gibt es die Anschuldigungen der USA gegenüber RUS, Marschflugkörper der Iskander-Variante 9M729 (NATO: SSC-8) mit einer Reichweite von max. 2.600 km getestet und in die Streitkräfte eingeführt zu haben.

Der Präsident der RUS-Föderation, Wladimir Putin hat in seiner Grundsatz-Rede im März 2019 stolz die laufenden Rüstungsprojekte vorgestellt:

Neue Interkontinentalraketen, neue Atom-U-Boote, neue Torpedos, Unterwasserdrohnen und eine neue Mittelstreckenrakete namens „Kalibr“, bisher seegestützt, die auch gegnerische Kommandozentralen ins Visier nehmen würden. Dies wiederum erinnert ein wenig an die „Enthauptungsphantasien“, die amerikanische Hardliner der frühen 80er Jahre offen formulierten.

Das alles muss uns nicht gefallen und es gefällt uns nicht. Trotzdem ist eine Einordnung nötig: Wer sich über die russische Aufrüstung beklagt, ist nur glaubwürdig, wenn er die US-amerikanische Aufkündigung des ABM-Vertrag und die Stationierung von Raketenabwehrsystemen (Aegis usw.) anprangert und nicht die selbst unter Präsident Obama vollzogene Modernisierung der strategischen Waffenarsenale aus den Augen verliert. Die Modernisierung der US-Atom-Sprengköpfe, die hier in Europa verblieben sind und die im nächsten Jahr „runderneuert“ u.a. nach Büchel zurückkommen sollen, gehört auch dazu.

### **Der neue Raketenstreit**

Wenn wir uns der zweiten von mir gestellten Frage zuwenden, so ist anzumerken:

Moskau hat zunächst die Existenz dieser Waffen geleugnet, dann die von den USA angenommene Reichweite bestritten. Und es hat mit eigenen Vorwürfen geantwortet: Mit der Entwicklung von Langstreckendrohnen, die ähnliche Wirkungen wie GLCM erzielen könnten, würden die USA vertragsbrüchig werden. Außerdem könnten die für den Abschuss von US-Raketenabwehrgeräten vorgesehenen Einrichtungen für Angriffsraketen genutzt werden. Und die Stationierung der (ursprünglich) seegestützten Tomahawk-CMs in Polen (geplant) und in Rumänien (Aegis-Ashore-Systeme) für Angriffszwecke wird tatsächlich in Trump`s *Nuclear Posture Review* als Option erwähnt. Auch dies wäre nicht im Einklang mit dem Vertrag. Wenn da auch manches sehr bemüht wirkt, völlig von der Hand zu weisen, sind auch diese Vorwürfe nicht.

Für uns als Außenstehende bleibt nur festzustellen: Was an den wechselseitigen Vorwürfen jeweils dran ist, lässt sich gegenwärtig nicht endgültig klären. Nur durch Möglichkeiten der Luftaufklärung, des Datenaustauschs, durch Vor-Ort-Inspektionen hätten sie sich ausräumen lassen. Man hätte dazu die Mechanismen des INF-Verifikationsregimes aufgreifen, ggf. modifizieren und umsetzen müssen. Die Tatsache, dass dies nicht geschehen ist, lässt daran zweifeln, ob es beiden Seiten überhaupt daran gelegen war, den Vertrag am Leben zu erhalten.

Donald Trump hat im Oktober 2018 bei seiner Ankündigung des Vertragsaustritts, auf russische Vertragsverletzungen hingewiesen, und den Schritt auch damit begründet, dass die chinesische Rüstung auf diesem Gebiet, die USA strategisch benachteiligen würden. Und gefordert, China möge gefälligst dem Vertrag beitreten. Letzteres ist im übrigen völlig illusorisch, weil China mit seinen landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen, die see- und luftgestützten Waffensysteme der USA im Pazifik ausgleichen will und diese Waffen als substantiell für die eigenen Machtinteressen in Südostasien und darüber hinaus ansieht.

Ob sich auch RUS durch die Raketen-Rüstung Chinas, bedroht fühlt, ist unklar. Tatsache ist, dass sich RUS mit China militärisch mehr und mehr austauscht und kooperiert. Dass man China zugleich als Konkurrenten sieht, ist andererseits offenkundig. Die Motive und die militärische Ratio der russischen Seite für die Stationierung neuer Marschflugkörper sind daher nicht zu durchschauen. Wenn man den Angaben des besten Kenners der globalen Nuklearkapazitäten, Hans Kristensen, folgt, der darüber u.a. im *Bulletin of the Atomic Scientists* fortlaufend publiziert, so scheint die russische Zweitschlagskapazität auch ohne neue INF-Systeme gegeben, hinzu kommt das große Arsenal an atomaren Kurzstreckenraketen und eine inzwischen auch recht effektive Raketen- und Luftabwehr.

Es muss aber auch hinzugefügt werden, auch dies stellt Hans Kristensen fest, dass viel dafür spricht, die russische Raketenmodernisierung ziele in erster Linie darauf ab, die US-Abwehrraketen wirkungslos zu machen. Es wären dann „*Waffen für den Gegenschlag*“.

Am wichtigsten scheint jedoch zu sein, dass Wladimir Putin bei seiner „Wunderwaffenrede“ darauf verweist, dass RUS so habe reagieren müssen, weil der Westen alle Vorschläge Moskaus für eine neue Entspannungs- und Kooperationspolitik in den Wind geschlagen, nie richtig zugehört habe. Er endete mit dem Satz: „*Hört uns jetzt zu!*“! Man darf und sollte diese Aussage so bewerten, dass Putin die imposante Bewaffnungsliste vor allem als Druckmittel für Abrüstungsverhandlungen einsetzen möchte. Wenn diese Einschätzung richtig ist, dann sollte jetzt die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen werden, um einen umfassenden Verhandlungsprozess einzuleiten. Dies ist auch deshalb geboten, weil mit der Kündigung des INF-Vertrages gleich der nächste Rüstungsbegrenzungsvertrag über die Wupper zu gehen droht. Das New START-Abkommen, das die strategischen Potenziale betrifft, gilt bis 2021. Es könnte für fünf Jahre verlängert

werden, was momentan als eher unwahrscheinlich gilt. Dann würden auch hier jegliche Begrenzungen wegfallen. Und USA, RUS und China scheinen zusätzlich verschärft in die Weltraumrüstung (Satelliten, Anti-Satelliten) einsteigen zu wollen. Alles in allem eine höchst brenzlige Lage, die bis lang von weiten Teilen der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert wird. Es wird also wieder auf uns als FriedensaktivistInnen ankommen, unseren Forderung nach „Abrüstungsverhandlungen jetzt“ mehr Nachdruck zu verleihen.

### **Neue Atomraketen nach Deutschland?**

Ob es zur Stationierung neuer Atomraketen und Cruise Missiles kommen wird und wo sie disloziert werden könnten, ist gegenwärtig noch offen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg hat gesagt, man wolle diese Raketen eigentlich nicht. Uneigentlich kann sich das schnell ändern. Die polnische Regierung hat ihren Wunsch nach diesen Massenvernichtungswaffen geäußert. Was die deutsche Sicherheits-Community betrifft, so erschreckt, dass Politiker der Union sich gegenüber den Raketenplänen aufgeschlossen zeigten. Man wolle schließlich „keinen deutschen Sonderweg“ innerhalb der NATO. Vertreter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik haben den Vogel abgeschossen, indem sie ein Bündel von Maßnahmen und Optionen gegen die Bedrohung aus dem Osten befürworteten. Darunter befindet sich die weitere konventionelle Aufrüstung der NATO im Baltikum und in Polen, die Einführung neuer seegestützter Raketen und Marschflugkörper in den in Europa stationierten US-Kräften, neue konventionelle Mittelstreckenwaffen. Auch russische Führungseinrichtungen sollten damit bedroht werden. Dies erinnert fatal an die aberwitzigen „Enthauptungsstrategien“, die US-amerikanische Falken in den frühen 80er Jahren formulierten. Auch nukleare Bestückung dieser Waffen dürfe kein Tabu sein, so die DGAP-Vertreter. Außenminister Maas hat der Linie eines SPD-Vorstandsbeschlusses folgend, bisher für diplomatische Bemühungen votiert, um eine neue Rüstungsrunde zu vermeiden. Er hat eine neue „Transparenzoffensive“ bei den Raketensystemen vorgeschlagen. Es bleibt zu hoffen, dass die Sozialdemokratie in ihrem Nein zu neuer Raketenrüstung standhaft bleibt.

### **Friedens- und sicherheitspolitische Forderungen**

Es müsste allerdings um kühnere, weiter reichende Vorschläge und Ideen gehen. Was wir brauchen ist nicht weniger als eine **neue Entspannungspolitik**, die auf Vertrauensbildung und Gemeinsame Sicherheit setzt. Das bedeutet auch, die legitimen Sicherheitsinteressen aller Staaten inklusive Russlands ernst zu nehmen. Der ganze Kanon an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, der im sog. Wiener Dokument enthalten ist, das bereits 1992 vereinbart, inzwischen mehrfach weiterentwickelt wurde, ist endlich umzusetzen. Dazu gehört eben auch der ungehinderte Informationsaustausch über Streitkräfte, Waffenarsenale und Militärstrategien. Das alles sollte unter dem Dach und im Rahmen der OSZE erfolgen, die zugleich als Einrichtung, mit der Konflikte (wie in der Ost-Ukraine) friedlich/diplomatisch bearbeitet werden können, wiederbelebt werden muss.



## ***Keine neue Raketenrüstung in Europa!***

Transparenz und Vertrauensbildung könnten am Anfang stehen, um wieder zu den Bestimmungen des INF-Vertrages zurückzukehren. Die klare Absage an eine Stationierung neuer Marschflugkörper mittlerer Reichweite sollte dann durch weitere Maßnahmen der atomaren Supermächte ergänzt werden. Dazu gehört dringend die Beibehaltung des New START-Abkommens und die Eröffnung neuer Verhandlungen über die drastische Reduzierung der Nuklearwaffen. Dies erst würde ermöglichen, die anderen Atomkräfte in Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen einzubeziehen. Dazu liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie das Verbot, Marschflugkörper nuklear zu bestücken.

Nach wie vor bestehen wir darauf, dass die US-Atomwaffen, die noch in Belgien, den Niederlanden, Italien und Deutschland gelagert werden, abgezogen werden müssen. Wir wollen keine neuen B-61-Sprengköpfe für diese Tötungswaffen und auch keine neuen Trägersysteme.

Und es ist das vorrangige und übergeordnete Ziel, das Teufelszeug der Atomwaffen gänzlich und möglichst rasch loszuwerden. Im Juli 2017 haben in der UN-Vollversammlung 122 Staaten für einen Vertrag votiert, mit dem es allen Staaten verboten werden soll, Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Wir müssen weiter Druck auf die Bundesregierung ausüben, dass sie sich nicht länger gegen diese Initiative sperrt, sondern aktiv an der Verwirklichung des Ziels einer atomwaffenfreien Welt arbeitet und den Vertrag unterzeichnet.

*Paul Schäfer (Köln)*